

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.09.2021

Inhalt

EWN

1 Endlager Gorleben wird stillgelegt <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.09.2021</i>	3
2 Bergwerk Gorleben wird geschlossen <i>Niedersächsisches Ministerium für Umweltschutz, Energie, Bauen und Klimaschutz, 17.09.2021</i>	5
3 IAEA hebt Prognose für Atomenergie an <i>Energie & Management powernews, 17.09.2021</i>	7
4 Comeback der Kernkraft <i>Handelsblatt, 20.09.2021</i>	8
5 Bütikofer macht Stimmung gegen Nord Stream 2 <i>junge Welt, 20.09.2021</i>	11

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 18.09.2021 | S. 17

📄 Auflage: 214.247 | Reichweite: 962.862

👤 Christian Geinitz

Endlager Gorleben wird stillgelegt

Die Verfüllung des Salzstocks bedeutet aber nicht das Aus für den Atommüll im Wendland: Das Zwischenlager bleibt bis 2050.

Berlin. Die Endlagerung von Atommüll im Salzstock **Gorleben** ist endgültig vom Tisch. Gleichwohl werden dort oberirdisch auch weiterhin radioaktive Abfälle zwischengelagert, vermutlich bis 2050. Das Bundesumweltministerium unter Svenja Schulze (SPD) teilte am Freitag mit, das Bergwerk werde geschlossen und innerhalb von zehn Jahren verfüllt. Mit den entsprechenden Arbeiten werde die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) beauftragt. "Das Kapitel **Endlager Gorleben wird** ab dem heutigen Tag geschlossen", sagte Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth bei einem Besuch im niedersächsischen Wendland, wo **Gorleben** liegt. Er hoffe, dass die Wunden, "die der jahrzehntelange Streit um **Gorleben** gerissen hat", nun heilen könnten.

30 Jahre lang habe es um den Standort einen "gesellschaftlichen Großkonflikt" gegeben, so Flasbarth, der darauf verwies, dass **Gorleben** vor einem Jahr aus dem Kreis möglicher **Endlager** ausgeschieden sei. Damals hatte die BGE in ihrem "Zwischenbericht Teilgebiete" klargestellt, dass der Salzstock aus geologischen - nicht aus politischen - Gründen für die dauerhafte Aufbewahrung des Atommülls ungeeignet sei. Jetzt sind noch 90 Teilgebiete im Rennen, darunter 60 Salzstöcke. Die Planungen sehen vor, zur Jahrhundertmitte an einem dieser Standorte ein **Endlager** zu eröffnen.

Bis dahin **wird** der Atommüll in Zwischenlagern verwahrt, wofür die ebenfalls bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zuständig ist. Sie unterhält auch in **Gorleben** eine Anlage, und zwar unmittelbar neben dem Salzstock. Oberirdisch stehen dort 113 Behälter mit hochradioaktivem Material. 307 Stellplätze sind und bleiben leer, denn seit 2013 dürfen keine weiteren Castoren hinzukommen. Stattdessen **wird** der bis zum Atomausstieg Ende 2022 anfallende nukleare Müll sowie der aus dem Ausland zurückkehrende Abfall, der dort bis 2005 aufbereitet werden durfte, an dezentralen Zwischenlagern direkt auf den Kraftwerksgeländen aufbewahrt. Insgesamt unterhält die BGZ auf diese Weise 16 Standorte mit 1300 Castoren.

Etwa 600 weitere werden noch erwartet, sodass das **Endlager** rund 1900 Behältern Platz bieten muss.

Gorleben ist neben Ahaus im Münsterland das einzige zentrale Zwischenlager. Seine Genehmigung läuft allerdings 2034 aus, also lange vor Betriebsbeginn des **Endlagers**, weshalb sich die BGZ auf eine Verlängerung einstellt. Das von Flasbarth und Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) insinuierte Ende des Atommülls im Wendland gilt also nur für den Salzstock, nicht für das vermutlich noch mindestens 29 Jahre weiterlaufende "temporäre" Lager direkt nebenan. Dort werden neben den Castoren auch schwach- bis mittelradioaktive Rückstände verwahrt, wie sie in der Medizin, in der Forschung und beim Rückbau der Kernkraftwerke entstehen. Die Einlagerung dort **wird** fortgesetzt und ist unbefristet, in einer Halle stehen dafür 15 000 Kubikmeter Platz zur Verfügung.

Im Salzstock **Gorleben** haben der Staat und die Energieversorgungsunternehmen viel Geld versenkt, und der Steuerzahler **wird** weitere Millionen für die Stilllegung aufbringen müssen. Es seien 1,9 Milliarden Euro ins Bergwerk investiert worden, sagte eine BGE-Sprecherin, vor allem von den Kraftwerkskonzernen. Die Offenhaltung koste jedes Jahr 20 Millionen Euro. Die Kosten für den Rückbau seien noch ebenso unklar wie dessen genauer Ablauf. Desgleichen die Frage, ob die vorhandenen 30 Mitarbeiter am Bergwerk ausreichen oder ob es - trotz des am Freitag bekannt gegebenen Standortendes - sogar Neueinstellungen geben müsse.

Im Gegensatz zu anderen aufgelassenen Bergwerken in Niedersachsen werden die Hohlräume in **Gorleben** nicht mit Salzwasser befüllt, um dem Untergrund die nötige Stabilität zu geben, sondern mit dem zuvor entfernten Salz. Diese Halde ist inzwischen aber ein solider Steinsalzkörper, der zunächst wieder zerkleinert werden muss. Bis dazu die ersten Genehmigungen vorlägen, könnte es vier Jahre dauern, sagte die Sprecherin. An der Oberfläche würden die Fördertürme abmontiert, ob dann eine Nachnutzung der Anlage mög-

lich sei oder nur Grünflächen entstünden, erweise
sich noch.



📄 Niedersächsisches Ministerium für Umweltschutz, Energie, Bauen und Klimaschutz | 17.09.2021

🔗 WEBLINK

Bergwerk Gorleben wird geschlossen

Mit dem Zwischenbericht Teilgebiete vom 28. September 2020 der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) war der Salzstock Gorleben aus geologischen Gründen aus der Endlagersuche ausgeschieden. Seither prüften BGE und Bundesumweltministerium (BMU), wie weiter mit dem Bergwerk Gorleben in Niedersachsen verfahren werden kann. Nun hat das BMU entschieden, die BGE mit der Stilllegung des Bergwerks zu beauftragen.

Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth: „Im Standortauswahlverfahren soll der Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit gefunden werden. Klar ist bereits, dass der Salzstock Gorleben das nicht ist. Seit dem Zwischenbericht der BGE ist wissenschaftlich erwiesen, dass es viele geologisch besser geeignete Standorte gibt. Das Kapitel Endlager Gorleben wird ab dem heutigen Tag geschlossen. Ich hoffe, dass im Wendland nun die Wunden heilen können, die der jahrzehntelange Streit um Gorleben gerissen hat. Gorleben stand über drei Jahrzehnte für einen gesellschaftlichen Großkonflikt in Deutschland. Aus diesem Konflikt hat die Politik für die Endlagersuche gelernt: Am Ende muss gut nachvollziehbar sein, aus welchen Gründen ein Standort gewählt wurde.“

Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Olaf Lies: „Ab heute gibt es keine Hintertür mehr. Das ist die Botschaft und das enorm wichtige Zeichen für eine ganze Region, das vom heutigen Tage ausgeht. Denn die letzten Jahrzehnte waren vor allem geprägt vom Widerstand gegen ein atomares Endlager in Gorleben. Dieser war verbunden mit größten Belastungen für die Bevölkerung und mit einem nun positiven Ende eines Kampfes, der hier richtigerweise geführt wurde, gegen eine falsche politische Entscheidung. „Gorleben“ ist ab heute endgültig Vergangenheit. Ab heute geht es darum, diese Zeit endgültig hinter uns zu lassen und gemeinsam Konzepte zu entwickeln und umzusetzen für die Zukunft des Wendlands. Denn diese Region hat enormes Potential nicht nur durch ihre natürlichen Landschaften und den Tourismus, sondern auch für die Klima- und Energiewende.“

Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der

nuklearen Entsorgung, Wolfram König: „Das Endlager Gorleben ist Geschichte - die Aufgabe der Lösung der Endlagerfrage bleibt. Das letzte Kapitel des Ausstiegs aus der Hochrisikotechnologie muss noch gemeinsam geschrieben werden. Es handelt von guter Wissenschaft, Transparenz, Beteiligung und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung.“

Vorsitzender der Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, Stefan Studt: „Die BGE freut sich, dass sie den Auftrag zur Schließung des Bergwerks Gorleben bekommt. Damit findet ein Kapitel ein Ende, das auch für die Belegschaften unseres Vorgängerunternehmens schmerzhaft war. Unsere Kollegen haben hier genauso im Sturm gestanden, wie viele Akteurinnen und Akteure in der Region.“

BGE profitiert sowohl in den Bergwerken als auch in der Standortauswahl von Arbeiten, die hier gemacht worden sind. Hier sind beispielsweise Erkundungstechniken erprobt worden, die in den kommenden Jahren weiterentwickelt werden können. Der Bau des Bergwerks selbst war ebenfalls anspruchsvoll. Die Erfahrungen der Kollegen zahlt sich nun beispielsweise bei der Errichtung des Endlagers Konrad aus.“

Das Bergwerk Gorleben soll nun stillgelegt werden und die Salzhalde dabei wieder unter Tage verbracht werden. Es ist nun an der BGE, die Planung der Schließung fortzusetzen.

Weitere Informationen

Seit 2017 läuft das Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Der Ablauf des Verfahrens wird durch das Standortauswahlgesetz (StandAG) geregelt: In drei aufeinander folgenden Phasen werden die Gebiete, die als möglicher Standort für ein Endlager in Frage kommen, immer eingehender untersucht und die vergleichende Auswahl weiter eingegrenzt. Die erste Phase ist dabei zweigeteilt, um eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Am 28. September 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) in ihrem Zwischenbericht Teilgebiete die Teilgebiete

benannt, für die im zweiten Schritt der ersten Phase des Standortauswahlverfahrens erstmals vorläufige Sicherheitsuntersuchungen durchgeführt werden. Der Salzstock Gorleben ist in diesem ersten Schritt anhand der gesetzlich verankerten, geologischen Anforderungen und Kriterien aus dem Standortauswahlverfahren ausgeschieden: Nach der Anwendung von Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien kamen zunächst noch 139 Salzstöcke in Frage, durch die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien wurden der Salzstock Gorleben und 78 weitere Salzstöcke aus dem Standortauswahlverfahren ausgeschlossen. Gegenwärtig bereitet die BGE die weiteren Untersuchungen der 90 Teilgebiete, davon 60 Salzstöcke, vor.

Das BMU ist das für Fragen der Endlagerung zuständige Ministerium und Vertreterin des Bundes als Alleingesellschafterin der BGE. Das BASE überwacht das Standortauswahlverfahren. Die BGE führt das Standortauswahlverfahren durch und ist Betreiberin des Bergwerks Gorleben in Niedersachsen. Das NMU ist das auf Landesebene für Atomfragen zuständige Ministerium.

Weiterführende Informationen zum Standortauswahlverfahren, zur Benennung der Teilgebiete und zur Öffentlichkeitsbeteiligung finden Sie auf der Webseite www.endlagersuche-infoplattform.de des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und auf der Webseite www.bge.de der BGE.

 Energie & Management powernews | 17.09.2021 | S. 1 dpa

IAEA hebt Prognose für Atomenergie an

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat ihre Prognose zum weltweiten Ausbau der Atomenergie zum ersten Mal seit zehn Jahren nach oben revidiert.

Die Nuklearkatastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima Daiichi im Jahr 2011 hatte dem Atomstrom-Sektor einen Dämpfer verpasst. Um im Kampf gegen den Klimawandel fossile Brennstoffe zu vermeiden, erwägen nun viele Länder jedoch den Einsatz von Atomkraft, wie die IAEA am 16. September in Wien berichtete.

Laut dem Maximal-Szenario der Atomenergiebehörde könnte sich die weltweite nukleare Produktionskapazität bis 2050 auf bis zu 792.000 MW verdoppeln. Das sind 10 % mehr als in der Vorjahres-Prognose. Dies wäre laut IAEA nur durch neue Technologien im Atomsektor erreichbar. Dazu gehören die Herstellung von Was-

serstoff als Energieträger sowie der Einsatz fortschrittlicherer Reaktoren. In einem konservativeren Szenario der IAEA würde die Produktionskapazität bei 392.000 MW fast gleich bleiben.

Im Vorjahr kam rund 10 % des weltweiten Stroms aus Kernkraft. Im Maximal-Szenario der IAEA würde der Anteil bis 2050 auf rund 12 % leicht steigen. Während die IAEA Atomstrom als saubere Energieform sieht, haben sich Deutschland und andere Länder angesichts der Sicherheitsrisiken und der problematischen Endlagerung von Atommüll für den Atomausstieg entschieden.

Handelsblatt | 20.09.2021 | S. 008

Auflage: 197.561 | Reichweite: 523.141

Moritz Koch; Klaus Stratmann; Gregor Waschinski

ENERGIE**Comeback der Kernkraft**

In Deutschland ist Atomkraft ein Tabuthema. Der künftigen Bundesregierung drohen dadurch Konflikte in Brüssel.

Unionskanzlerkandidat Armin Laschet formulierte bei der zweiten Fernsehdebatte zur Bundestagswahl einen Gedanken, der ihm offenbar selbst nicht ganz geheuer war. Deutschland habe im Kampf gegen den Klimawandel einen schweren Fehler begangen, es sei falsch gewesen, "zuerst aus der Kernenergie auszusteigen und dann aus der Kohle", sagte Laschet - nur um schnell hinterherzuschieben: "Das ist jetzt Geschichte." Keine politische Kraft, diese Szene zeigte es, wagt es, den Ausstieg aus der Kernenergie ernsthaft infrage zu stellen. Bei allem Drang der Kandidaten, sich voneinander abzugrenzen: Atomkraft bleibt ein politisches Tabu.

In anderen EU-Staaten zeigt man für die Inbrunst, mit der die Deutschen die Kernkraft ablehnen, kein Verständnis. Vor allem Frankreich wöhnt Deutschland auf einem Irrweg. Es ist kein Zufall, dass der französische EU-Industriekommissar Thierry Breton in Brüssel der Wortführer für eine Rückbesinnung auf die Kernkraft ist. "Wir sollten diese Übergangsenergie nutzen, um den Aufbau einer sauberen Wasserstoffindustrie in Europa zu erleichtern", fordert er. Breton plädiert dafür, neben "grünen", das heißt aus erneuerbaren Energien wie Wind und Strom gewonnenen Wasserstoff auch auf "gelben" Wasserstoff zu setzen - auf Wasserstoff also, der klimaneutral aus Atomstrom hergestellt wird.

Unabhängig vom deutschen Wahlausgang ist damit klar: Der künftigen Bundesregierung steht in Brüssel ein schwerer Konflikt um die Atomenergie bevor. Selbst wenn im kommenden Jahr der letzte deutsche Meiler vom Netz geht - das Reizthema Kernkraft wird der Politik erhalten bleiben.

In der Kommission wird seit Monaten darum gerungen, ob gelber Wasserstoff den Kriterien der EU, der sogenannten Taxonomie, genügen soll. Vom EU-Parlament, sonst oft Impulsgeber in europäischen Debatten, ist wenig zu erwarten. Es hat die Frage ausgeklammert, "da es hierzu keine eindeutigen politischen

Mehrheiten" gebe, wie CDU-Politikerin Hildegard Bentele erläutert. Der Energiemix bleibe "nationale Angelegenheit".

Das bedeutet aber auch: Die Kommission wird berücksichtigen müssen, dass der deutsche Atomausstieg in der EU kaum Nachahmer gefunden hat. Vieles spricht derzeit dafür, dass die Brüsseler Beamten am Ende der Kernkraft das Klimasiegel verleihen werden, wenn gleich sie derzeit noch still halten, aus Rücksicht auf den Bundestagswahlkampf.

Berlin ist alarmiert. Kernenergie sei eine "Hochrisikotechnologie" und dürfe daher nicht mit Wind- und Solarstrom gleichgestellt werden, stellte Umweltministerin Svenja Schulze kürzlich in einem Brief an die Kommission klar. Ihre Amtskollegen aus Luxemburg, Dänemark, Spanien und Österreich schlossen sich ihr an. Ganz allein steht Deutschland also nicht.

Doch es bleiben Fragen. Auch deutsche Experten weisen darauf hin, dass der Weg zur klimaneutralen Industrie mit grünem Wasserstoff allein kaum gelingen kann. Grüner Wasserstoff ist bisher nur in homöopathischen Dosen verfügbar, er wird noch über Jahre knapp und teuer sein. Allein die deutsche Stahlindustrie dürfte nach Schätzungen der IG Metall 12.000 zusätzliche Windräder der Fünf-Megawatt-Klasse benötigen, um ihren Strombedarf für die Herstellung von grünem Wasserstoff abzudecken.

Die nationale Wasserstoffstrategie setzt daher auch darauf, Partnerschaften für die Produktion von grünem Wasserstoff mit dem Ausland zu schließen. Doch es wird noch Jahre dauern, ehe sich daraus belastbare Lieferbeziehungen entwickeln.

Aus französischer Sicht ist die deutsche Debatte bizarr. Das Nachbarland bezieht mehr als 70 Prozent seines Stroms aus Atomenergie, der staatliche Energiekonzern EDF betreibt 58 Reaktoren an 18 Standor-

ten. Entsprechend viel steht für Paris auf dem Spiel. Sollte die Kernkraft in den grünen Investitionsregeln der EU-Taxonomie zur unerwünschten Energieform erklärt werden, könnte das auch erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierung der französischen Atomanlagen nach sich ziehen.

Auch Präsident Emmanuel Macron hat daher einen Brief an die Kommission geschickt, gemeinsam mit sechs anderen europäischen Staats- und Regierungschefs. Er fordert "faire Spielregeln" für die Kernkraft. Noch deutlicher wurde vor ein paar Tagen sein Finanzminister Bruno Le Maire: "Entweder kämpfen wir gegen den Klimawandel mit einem ideologischen Ansatz und wir scheitern, oder wir kämpfen gegen den Klimawandel mit einem wissenschaftlichen Ansatz und werden Erfolg haben."

Deutschland ist auf diese Debatte schlecht vorbereitet. Dass grüner Wasserstoff allein die Lösung ist, bezweifeln selbst Fachleute wie Rainer Baake, Direktor der Stiftung Klimaneutralität. Baake ist Mitglied der Grünen und gilt als ein Vordenker seiner Partei in der Energie- und Klimapolitik.

Die entscheidende Frage lautet, "ob wir die wirklich großen Mengen Wasserstoff, die wir für 65 Prozent Treibhausgasreduzierung bis 2030 brauchen, ausschließlich grün produzieren können", sagte Baake dem Handelsblatt. "Wenn ja, gut so. Wenn die Alternative aber lautet, blauen Wasserstoff übergangsweise zuzulassen oder das Klimaziel zu verfehlen, hätte ich eine klare Priorität."

Blauer Wasserstoff wird aus Erdgas hergestellt, dabei frei werdendes CO₂ wird unterirdisch gespeichert. Länder wie Norwegen oder die Niederlande treiben die Technologie voran und sind mit deutschen Abnehmern aus der Industrie in konkreten Verhandlungen. Doch viele Klimaschützer lehnen blauen Wasserstoff ab, auch für eine Übergangszeit.

Dann also doch über gelben nachdenken? Baake ist skeptisch: "Die bestehenden Atomkraftwerke in Frankreich braucht das Land für seinen heutigen Strombedarf. Alles, was jetzt an neuen Anwendungen hinzukommt, etwa für Elektromobilität oder die Elektrifi-

zierung der Industrie, bedarf zusätzlicher Kapazitäten. Atomenergie ist schlicht zu teuer."

Das sehen die Franzosen anders. Die Regierung in Paris hebt in ihrer Wasserstoffstrategie hervor, das Land sei wegen seines "wenig CO₂ verursachenden Strommixes" in einer guten Position, um das Gas auf klimafreundliche Weise herzustellen. Zwar will Frankreich den Anteil von Atomstrom in seinem Energiemix perspektivisch auf 50 Prozent senken, das Zieldatum wurde aber von 2025 auf 2035 verschoben.

Zugleich strebt Frankreich eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik an, um Wasserstoff gerade in energieintensiven Branchen bezahlbar zu machen. Nur: Der entscheidende politische Punkt bleibt zwischen Berlin und Paris umstritten. Die Frage, ob gelber Wasserstoff grün genug ist.

Deutschland stünde mit einer rigorosen Haltung auch vor ganz praktischen Problemen. Nach Überzeugung des Bundeswirtschaftsministeriums lässt sich der Einsatz von gelbem Wasserstoff nicht einfach verbieten. "Eine gezielte gesetzliche Verhinderung bestimmter Importe aus legaler Erzeugung im Herkunftsmitgliedstaat wäre mit den geltenden Binnenmarktregeln nicht vereinbar", sagt eine Sprecherin.

Allerdings würden staatliche Zertifizierungssysteme aufgebaut, mit denen sich die Herkunft des Wasserstoffs nachweisen lasse. Legt sich Deutschland also ein eigenes Klimasiegel zu, wenn die EU Kernenergie als grüne Technologie einstufen sollte? Oder wird Berlin Druck auf die Kommission ausüben, damit die Klima-Klassifizierung doch noch deutschen Vorstellungen entspricht?

Im Umfeld von Macron ist schon die Sorge zu vernehmen, dass die nächste Bundesregierung einen noch konfrontativeren Kurs bei der Kernkraft fahren könnte. Vor allem, wenn die Grünen stark darin vertreten sind.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

"Wir sollten diese Übergangsenergie nutzen, um den Aufbau einer sauberen Wasserstoffindustrie in Europa zu erleichtern." - Thierry Breton, EU-Industriekommissar

Frankreich setzt auf Atomstrom

Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion in ausgewählten EU-Ländern

Frankreich	70,6 %
Slowakei	53,1 %
Ungarn	48,0 %
Bulgarien	40,8 %
Belgien	39,1 %
Slowenien	37,8 %
Tschechien	37,3 %
...	
EU27-Durchschnitt	25,0 %
...	
Deutschland	11,3 %

HANDELSBLATT

Quellen: IAEA, Ember

Handelsblatt Nr. 181 vom 20.09.2021

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Bild: Atomstrom: Anteil an der Stromproduktion in ausgewählten EU-Ländern
(MAR/RANK/Gra-fik/Tabelle)

Bütikofer macht Stimmung gegen Nord Stream 2

Brüssel. Der EU-Abgeordnete Reinhard Bütikofer (Grüne) hofft weiter darauf, dass die Ostseepipeline *Nord Stream 2* zur Investitionsruine wird. »Das Triumphgeschrei, mit dem die russische Seite die Fertigstellung der *Nord-Stream-2*-Pipeline feiert, ist verfrüht«, zitierte ihn die Nachrichtenagentur dpa am Sonntag bereitwillig. Auch wenn *Nord Stream 2* jetzt

gebaut sei, müsse die Pipeline die Erfordernisse des EU-Rechts erfüllen. Bütikofer setzt dabei unter anderem auf das Prinzip des Unbundlings (Entflechtung), wonach Gasproduktion und Infrastruktur zur Lieferung nicht in einer Hand liegen dürfen. Dieses habe Gasprom »bisher für die Pipeline nicht vorgenommen«, sinnierte der Abgeordnete. (dpa/jW)